



Projekt

Illegale jugendliche Einwanderer als Opfer und „Bedrohung“ an EU-Außengrenzen (Deutschland, Großbritannien, Ungarn)

mit einer vergleichenden Betrachtung zur Situation
in den USA, Kanada und Australien

Eine interdisziplinäre, kriminologisch-viktimologische Untersuchung

(Projektteilnehmer: Dr. Uwe Ewald/ Deutschland

Dr. David Indermaur/Australien und Prof. Dr. Hartmut Schweitzer/ Deutschland)



1.1 Allgemeine Angaben

1.2 Thema des Vorhabens

„Unerwünschte jugendliche Einwanderer als Opfer und ‚Bedrohung‘ an EU-Außengrenzen (Deutschland, Großbritannien, Ungarn) - mit einer vergleichenden Betrachtung zur Situation in den USA, Kanada und Australien - Eine interdisziplinäre, kriminologisch-viktimologische Untersuchung“

1.3 Zusammenfassung, Problemstellung

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist ein neuer Sicherheits-Diskurs im Entstehen, der vor dem Hintergrund der Globalisierung die Auflösung von traditioneller Unterscheidung zwischen äußerer und innerer Sicherheit reflektiert. Die Tatsache einer nahezu unterschiedslos, weltweit existierenden krisenhaften Umbruchssituation ist augenfällig. Huntingtons Vorstellung von einem „Clash of Civilizations“ (Huntington 1997) scheint – gleichwohl nicht unwidersprochen (Mokre 2000; Brakemeier 1999; Müller 1998) - einer gewissen Plausibilität nicht zu entbehren. Muss dahingestellt bleiben, ob die Einschätzung Hobsbawms zutrifft, spätere Historikergenerationen würden unsere Zeit als im Wesentlichen durch den Untergang des Staatssozialismus wie auch das Scheitern des Neoliberalismus charakterisiert bezeichnen (Hobsbawm 1999, 43 ff.), so besteht doch weitgehend Einigkeit dahingehend, dass die stattfindenden Transformationsprozesse im Wesentlichen als Auflösungserscheinungen bestehender traditioneller sozialer Strukturen mit zum Teil unüberschaubaren Risiken für die Gesellschaft als Ganzes wie auch den Einzelnen wahrgenommen werden. Dies hat erhöhte Unsicherheit und Vulnerabilität auf der einen und ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis auf der anderen Seite zur Folge – das Verlangen nach Verstehen und Durchschaubarkeit dieser Zusammenhänge ist groß. Der hier beschriebene Konflikt in Form einer Konfrontation großer Teile der Weltbevölkerung tritt auch in Gestalt anschwellender, weltweiter Wanderungsbewegungen auf. Das Aufeinandertreffen von unerwünschten Einwanderern und Grenzkontrolleuren an den Außengrenzen wohlhabender Zielregionen stellt gewissermaßen den physischen persönlichen und institutionellen Kontakt zwischen Vertretern der Herkunfts- und Zielregionen dar; hier begegnen sich wechselseitige Vorannahmen und Bilder, die bestätigt, relativiert oder widerlegt werden.

Mit dem Projekt wird das Ziel verfolgt, das Problemensemble „unerwünschte Immigration“ in der Situation der konkreten Begegnung von illegalen Einwanderern und Grenzschützern zu untersuchen und damit die Konfliktsituation (welche auch im Kontext anderer multikultureller Probleme von der Asylpolitik bis zu Hate Crimes auf jeweils spezifische Weise ihren Ausdruck finden) verstehbarer zu machen. Dazu werden mittels qualitativer Methoden (Interviews, Focus Groups)

- a) Opfererfahrungen von Flüchtlingen (**insbesondere Jugendliche**) und Migranten (**insbesondere Jugendliche**) im Kontext illegaler Grenzüberschreitung und
- b) Einstellungen und Wahrnehmungen von Grenzbeamten gegenüber diesen unerwünschten Immigranten

für Europa am Beispiel Deutschlands, Großbritanniens, Ungarns und - wegen der globalen Natur des Themas - in vergleichender Betrachtung mit der Situation in den USA, Kanada und Australien analysiert sowie der jeweilige Einfluss wesentlicher Faktoren empirisch untersucht. Theoretische und methodische Zugänge sind zum einen von konventioneller Opferforschung, Forschung zur Viktimisierung von Minderheiten sowie der Migrations- und Flüchtlingsforschung wie auch von Untersuchungen schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen abgeleitet; zum anderen werden Konzepte der Einstellungsforschung bei Polizisten und Grenzbeamten zur Untersuchung der Einstellungen von Grenzschützern gegenüber illegalen Einwanderern angewendet. Die Einbeziehung verschiedener Länder wird neben Gemeinsamkeiten Differenzen zwischen den untersuchten Grenzregimes sichtbar machen, die unter anderem Rückschlüsse auf konkrete Gestal-

tungsmöglichkeiten z.B. mit Blick auf Risikominimierung und Schutz von elementaren Rechten der Immigranten zulassen werden.

Das übergreifende Anliegen der Beschreibung dieser beiden „Bilder“ in verschiedenen Ländern wohlhabender Zielregionen besteht darin, die wechselseitige Wahrnehmung (Konstruktion) in der Ambivalenz von „Hoffen“ und „Fürchten“ und deren Verortung in den jeweiligen gesellschaftlichen und kulturellen Hintergründen darzustellen. Über den Ländervergleich wird darüber hinaus festzustellen sein, inwieweit die Beschreibungen vom „Anderen“ und vom „Selbst“ im Zuge veränderter Grenzen (Anderson 1996; Andreas, Snyder [Eds.] 2000) als Ausdruck einer Krise der Migrationskontrolle (Cornelius, Martin, Hollifield 1994) zu deuten sind, da zwei entgegengesetzte und doch unlösbar miteinander verbundene Diskurse zu illegalen Einwanderern konstruiert werden, die sich zunehmend unvermittelt gegenüberstehen: Einerseits hat der anschwellende Migrationsdruck auf die Zielregionen ein Ansteigen von Leidens- und Opfererfahrungen verschiedenster Art (und eine entsprechende Wahrnehmung) unter den Immigranten und Flüchtlingen zur Folge; andererseits verstärkt sich die Wahrnehmung der Bedrohung durch illegale Immigration, organisierten Menschenschmuggel und -handel aus Sicht der Zielregionen. Zuweilen vorherrschende, pauschalisierende „Bedrohungs“-Szenarios bieten so ungewollt eine Folie „mitleidloser Abwehr“ hilfebedürftiger Immigranten, die – zumal sie häufig mit der Symbolik leidender Menschen und nicht zuletzt zahlreicher Tode verknüpft wird – Gefühle von Ohnmacht, Wut aber auch Hass, Rache und Bestrafungswünschen als spezifische Dimensionen des Opfererlebens von unerwünschten Immigranten mobilisieren und ihrerseits in einem verhängnisvollen Kreislauf den Hintergrund für Gewaltbereitschaft und militanten Extremismus abgeben können. Mit der geplanten Studie können Tendenzen einer wechselseitigen „Konstruktion des Bösen“ verstehbarer und mögliche Ansatzpunkte für eine mediatisierende Begegnung selbst in einem derart konflikthaften Zusammenhang wie der auf Exklusion gerichteten Konfrontation von unerwünschten Immigranten und Flüchtlingen sowie Grenzschützern gefunden werden.

Die Studie ist darauf gerichtet, differenzierte Befunde zur Vielschichtigkeit unerwünschter Immigration zu erbringen und kriminelle Gefahrenpotentiale von anderen sozialen Problemen unterscheidbarer machen. Damit wird zugleich ein tieferes Verständnis von der Entstehung und Veränderung von Gefühlen des Leidens und Hoffens auf Seiten der unerwünschten Immigranten entwickelt und das Umschlagen von Einstellungen und Orientierungen wie auch das Abgleiten in Ausweglosigkeit und Resignation als Erleben von Opferwerdung auf der Flucht und besonders in der Situation illegalen Grenzübertritts nachvollziehbar. Andererseits geben Einsichten in die Sichtweisen der Grenzbeamten Aufschluss darüber, welche Vorannahmen und auch Vorbehalte bestehen und auf welche Umstände sie zurückzuführen sind. Gestützt auf Befunde zu dem wechselseitigen Erleben und Bewerten von illegalen Einwanderern und Grenzschützern können Hinweise für mediatisierende Konzepte abgeleitet werden.

2. Stand der Forschung und eigene Vorarbeiten

2.1 Stand der Forschung

Die kriminologisch-viktimologische Zielrichtung des Projektes liegt im Schnittpunkt zweier Perspektiven: zum einen einer primär viktimologischen Perspektive mit Blick auf die unerwünschten Einwanderer, zum anderen einer vorrangig kriminologischen Perspektive in Hinsicht auf die Veränderung von Grenzkontrolle als Teil sozialer Kontrolle, wobei der gewählte Schnittpunkt das Aufeinandertreffen von Erfahrungen und Wahrnehmungen auf Seiten der illegalen jugendlichen Immigranten mit denen auf Seiten der Grenzschützer ist. Im Folgenden wird deshalb (1) zunächst der relevante Forschungsstand im allgemeinen dargestellt, um dann (2) die opferbezogene Forschung und (3) in einem letzten Abschnitt die für das Thema bedeutsamen Untersuchungen zu den grenzpolizeilichen Aspekten darzustellen.

2.1.1 Relevante allgemeine Migrations- und Flüchtlingsforschung

Wandel in der Wahrnehmung von Einwanderung und die Veränderung von Einwanderungspolitik und Grenzkontrolle in den „reichen Zielregionen“

Im Zuge teils als dramatisch beschriebener Veränderungen des Migrationsgeschehens als einem (neuen) Weltproblem (Opitz, P.J. [Hrsg.] 1997; UNHCR-Bericht 2000; Cornelius, Martin, Hollifield 1994), erfolgte eine vermehrte Zuwendung von Öffentlichkeit, Politik und Sozialwissenschaft in den westlichen Industrieländern zur Lage von Flüchtlingen und Migranten als Leidtragende wie auch unter dem Aspekt von Strafverfolgung (vgl. z.B. Tonry [Ed.] 1997; Findlay 1999, 62, 70 f.; Kahn 1996; Höfling-Semnar, B. 1996; FFM 1998; Piazzolo, Grosch [Hrsg.] 1995). Zwar waren auch die Flüchtlingsströme im Gefolge des Zweiten Weltkrieges unter Opferaspekten Gegenstand der Betrachtung (UNHCR-Bericht 2000, 13 ff.), jedoch wurde dabei vorrangig auf den Vertriebenenstatus und das dadurch erlittene Leid Bezug genommen. Bei allen Schwierigkeiten schien das Erreichen einer Zielregion und die Integration in einem Einwanderungsland in dieser Zeit dennoch als mehr oder weniger gesichert; es bestand die begründete Aussicht auf Verarbeitung und letztlich Aufhebung der Opfererfahrungen von Vertreibung und Flucht. Die (staatliche) Kontrolle des Prozesses der Wanderungen war tendenziell auf Integration (und nicht auf Abwehr) gerichtet.

Mit dem Entstehen eines neuen **Weltflüchtlingsproblems** ist diese Auflösung des Flucht-Opfer-Zusammenhanges in den Transit- und Zielregionen prinzipiell nicht mehr gesichert. Im Gegenteil: Migranten und Flüchtlinge, einmal auf der Wanderung, stehen in der Gefahr, diesen Zustand dauerhaft durch die ihnen entgegengesetzten Widerstände nicht auflösen zu können und Objekt repressiver Überwachung und Kontrolle nunmehr nicht nur der (fluchtverursachenden) Herkunftsländer, sondern auch durch die Transit- und Zielländer zu sein. Dieser Kontrollmechanismus ist in den letzten Jahrzehnten in den meisten Ländern der (wohlhabenden) Zielregionen Nordamerika, Westeuropa dann auch in Japan und Australien ausgebaut worden (Anderson 1996; Nogala 2001 und dort angegebene Literatur) .

Das System der Grenzkontrolle, als einer physischen Kontrolle darüber, ob Migranten oder Flüchtlinge eingelassen werden oder nicht, spielt hierbei wegen seiner unmittelbaren Wirkung (im Gegensatz zur Kontrolle sog. demand-pull und supply-push Faktoren) eine besondere Rolle. In dem Maße, wie Migranten und Flüchtlinge auf neue Formen der gegen sie errichteten Migrations- und insbesondere Grenzkontrollen stießen, wurden „staatlich bewaffnete Grenzen jedenfalls eine durchaus existenzielle und gelegentlich sogar tödliche Realität“ (Hirsch, J. 2000, 29 f.). Die Rede ist von der „Festung Europa“ oder „**The Wall around the West**“ (Snyder 1995). Wird Globalisierung häufig als ein Vorgang der zunehmenden Vernetzung der Welt verstanden, so besteht die andere Seite dieser Öffnung in Prozessen der Fragmentierung, Polarisierung und Marginalisierung, wie sie „gerade im Hinblick auf Migration ablaufen“ (Bös 1997, 55).

Dieser Prozess des physischen Abschlusses der Außengrenzen von Ländern in Zielregionen bzw. in Transitländern (z.B. Polen, Slowenien, Ungarn, Ukraine, Baltische Staaten), der auch als Militarisierung von Grenzen bezeichnet wurde (Dunn 1996), ist in allen Zielregionen festzustellen. In einer umfangreichen Studie zur Entwicklung der Immigrationskontrolle in neun „industrialized, labor-importing countries“ (countries of immigration: the United States and Canada; reluctant countries of immigration: France, Germany, Belgium, and Britain; latecomers to immigration: Italy, Spain, and Japan) kommen die Autoren zu der Einschätzung, dass es infolge eines gleichgelagerten Problemdrucks durch Migration und Flucht in den Zielregionen zu einer Konvergenz gekommen ist, jedoch zugleich gilt, dass

„the gap between the *goals* of national immigration policy (laws, regulations, executive actions, etc.) and the actual results of policies in this area (policy *outcomes*) is wide and growing wider in all major industrialized democracies“ (Cornelius, Martin, Hollifield [Eds.] 1994, 3 ff.).

Wurden Flüchtlinge in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und den 70er Jahren per se als schutzwürdige Gruppe von Menschen betrachtet und behandelt (Einrichtung UNHCR, Genfer Flüchtlingskonvention von 1951), so änderte sich die Haltung der westlichen Länder in den Zielregionen wie auch von Transitländern mit dem Auftreten einer „**Krise der Migrationskontrolle**“ **am Ende des 20. Jahrhunderts**. Im Unterschied zur Wahrnehmung des Flüchtlingsproblems als Einwanderung aus politischen Gründen noch in den 70er Jahren wurde in den folgenden Jahrzehnten klar, dass es sich dabei nur um ein Teilproblem einer globalen Migrationsbewegung handelt. Neben einem quantitativen Anwachsen wurde ein qualitativer Wandel des Problems sichtbar: „Während die Migrationsbewegungen früher weitgehend kontrolliert und überschaubar verlaufen waren, nehmen sie nun nicht nur deutlich an Umfang zu, sondern entziehen sich auch immer mehr der Kontrolle“ (Opitz 1997a, 15).

Mit Blick auf die Gestaltung des Grenzregimes ist ein weiterer Schritt in der veränderten Betrachtungsweise von Migranten und Flüchtlingen hervorzuheben. Infolge der veränderten Zugangsregelungen und Grenzpraktiken sind **nicht autorisierte Grenzübertritte illegal und werden wegen ihrer häufigen Verbindung zu Schleusern kriminalisiert**. Damit stehen der Migrations- und Flüchtlingskontrolle alle **Techniken strafrechtlicher Sozialkontrolle** zur Verfügung, von der anlassunabhängigen Personenkontrolle in einem 30-km-Grenzstreifen, der Nacheile, über den Einsatz unmittelbaren Zwanges (Nogala 2001, 134). Das Migrationsproblem und Fragen der grenzpolizeilichen Kontrolle wurden spätestens seit den 80er Jahren von einer Frage der „low politics“ zum Gegenstand der „high politics“ (Karazman-Morawetz, I., Pilgram, A. 1993; Kattau 1993, Uhrlau 2001, Storbeck 2001; Hansen 2001; Cannon 2001), eine Entwicklung, in deren Folge Regierungen versuchen, „to recast international migration as a problem of national security“ (Cornelius, Martin, Hollifield 1994, 7).

Größenordnungen und Entwicklung des Migrationsproblems

Wenngleich hinsichtlich der zahlenmäßigen Bestimmung des „globalen Marsches“ keine exakten Angaben vorhanden sind¹, besteht insoweit Einigkeit darin, dass es sich um eine Größenordnung von mehreren Zigmillionen Menschen handelt, die als Migranten oder Flüchtlinge bezeichnet werden müssen. Bezüglich der zahlenmäßigen Entwicklung wird davon ausgegangen, dass seit Ende der 70er Jahre ein ständiger Anstieg der Flüchtlings- und Migrantenzahlen zu beobachten ist (vgl. Opitz 1997a, 25 ff.; Bös 1997; Wolter [Hrsg.] 1999; OECD 2000, 2001), der nur als Beginn einer zukünftig noch stärker werdenden Konfrontation zwischen westlichen Industrieländern und ärmeren Entwicklungsregionen der Erde zu betrachten sei. Opitz verweist auf vier Tendenzen, welche die Migrationsbewegung und ihre Kontrolle in den kommenden Jahren prägen wird: a) „**Globalisierung der Migration**“ und Ausweitung des Migrationsgeschehens auf immer mehr Ziel- wie Herkunftsländer; b) weitere Zunahme, d.h. ein quantitatives Anwachsen der Migration; c) weitere Differenzierung der Migration, neue Formen der Migration; d) zunehmende Feminisierung der Migration (Opitz 1997a, 35). Der skizzenhafte Verweis auf diese Entwicklungsprognosen führt zu der Annahme, dass Bedrohungszusammenhänge für Migranten und Flüchtlinge auf der Wanderung und Flucht zukünftig mit steigendem Migrationsdruck an Bedeutung gewinnen werden. Begleitet von einem „rollback“ rechtlicher Garantien zum Schutz der Flüchtlinge und Migranten (Cornelius, Martin, Hollifield 1994, 10) wird von der Entstehung eines entsprechenden Konfliktpotentials an den Außengrenzen der Zielregionen ausgegangen.

¹ In den „Provisional Statistics on Refugees and Others of Concern to UNHCR for the year 2000“ wird eine Zahl von 21.125.960 als „Total population of concern“ angegeben. Nach Angaben des World Refugee Survey schwanken die Größenangaben zu grenzüberschreitender Migration zwischen 30 und 50 Millionen (vgl. auch UNHCR 2000; Opitz 1997a, S. 37).

Zielregionen

Für **Westeuropa** zeigt sich, dass insbesondere nach dem Zerfall des Ostblocks und der Sowjetunion eine neue Situation eingetreten ist. So kamen illegale Einwanderer zwischen 1990 und 2000 vor allem aus Herkunftsländern wie Ex-Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, den GUS-Staaten sowie der Türkei, dem Irak, Bosnien-Herzegowina, Sri Lanka, dem Iran, Somalia und dem Kongo (Wolter 1999; Hayter 2000, 67; UNHCR 2000). Waren zunächst durchaus erhebliche Unterschiede in der Reaktion auf die Zunahme des Migrationsdrucks zwischen verschiedenen Ländern feststellbar, so kam es im Zuge der EU-Entwicklung zu einer zunehmenden Vereinheitlichung. Während sich Frankreich, Deutschland, Belgien und Großbritannien tendenziell zu Einwanderungsländern entwickelten, waren Italien und Spanien zunächst vergleichsweise in geringem Maße von Einwanderung betroffen (Cornelius, Martin, Hollifield 1994, 11), wurden erst allmählich zu „Latecomers to Immigration“. Diese Unterschiede zeigten sich auch in der Kontrolle von Immigranten. So wurden Visapflicht und Sichtvermerke in Spanien und Italien erst in den 90er Jahren eingeführt. Inzwischen ist diese noch für den Beginn der 90er Jahre zutreffende Unterscheidung weiter in Auflösung begriffen. Infolge der **Öffnung des EU-Binnenmarktes** wurde gestützt auf die Regelungen des Schengener Abkommens (Schengen I und II) eine Vereinheitlichung der Asylpolitik und der Kontrolle an den EU-Außengrenzen erreicht. Diese Vereinheitlichung berührt unmittelbar auch die Praktiken der Grenzkontrolle, die einheitlich nach ihrer Eigenschaft beurteilt werden, **illegale Einwanderung zu stoppen** (Alain 2001; Shepicki 1998; Ooyen, Möllers [Hrsg.] 2000).

Deutschland und **Großbritannien** werden in globaler Perspektive als „Reluctant Countries of Immigration“ (Martin 1994) bezeichnet, die jedoch gleichermaßen ein großes Eigeninteresse an der Kontrolle unerwünschter Einwanderung haben. Dabei zählt **Deutschland** zu dem in Europa besonders **bevorzugten Zielland illegaler Einwanderung**. Der nach dem Zusammenbruch des Ostblocks einsetzende massenhafte Immigrantstrom wurde durch Veränderungen des Asylrechts (Höfling-Semnar 1995) und den Ausbau von Grenzkontrollen an der Grenze zu Polen, Tschechien nach Österreich (FFM 1998) wie auch durch Kooperation mit den östlichen Nachbarstaaten zurückgedrängt. Großbritannien hat als „Would-be Zero-Immigration Country“ (Lyton-Henry 1994) auch im Rahmen der Schengener Abkommen darauf bestanden, nationale Interessen bei Festlegungen über die Art und Weise der Zugangskontrollen gegenüber ansonsten geltenden EU-Kriterien zur Kontrolle der EU-Außengrenzen in den Vordergrund zu stellen.

Vergleichender Bezug Nordamerika

Für die **USA** gilt, dass bei hohem Bedarf an ungelernten Arbeitskräften und damit verbundenen Anreizen für Einwanderer gleichzeitig ein hoher Migrationsdruck aus dem Süden bzw. Westen herrscht, der mit einem System von Grenzsicherung beherrschbar gemacht werden soll, welches als militarisiert bezeichnet wird (Dunn, 1996). Diese Konstellation hat unter anderem zu der „paired opposition ... between the *human rights* associated with liberal democracy and the exigencies of *border controls*“ (Cornelius, Martin, Hollifield 1994, 11) geführt. **Kanada** praktiziert demgegenüber einen „consensual and relatively open approach to immigration“ (Cornelius, Martin, Hollifield 1994, 11). Für Kanada trifft die ansonsten überwiegend festzustellende Kluft zwischen erklärten Politikzielen zur Migrationskontrolle und den erreichten Zielen nur bedingt zu, was darauf zurückgeführt wird, dass Integration von Migranten als nationale Entwicklungsstrategie betrieben wird. Wie die vergleichende Analyse der Grenzkontrolle an der US-mexikanischen und der US-kanadischen Grenze zeigt, lassen sich Unterschiede in der Gestaltung der Grenzsicherungen finden (vgl. Manzanarez, French 2000), die mit der Verschiedenheit übergreifender Migrationspolitik in den USA und Kanada übereinstimmen.

2.1.2 Illegale Grenzüberschreitung und Opfererfahrungen von Immigranten

Traditionelle Opferforschung

Migranten und Flüchtlinge sind in kriminologischer Forschung bislang trotz der internationalen Beachtung des Migrations- und Flüchtlingsproblems unter Aspekten ihres Schutzes sowie ihrer Verletzlichkeit und Viktimisierung im Prozess der Wanderung und auf der Flucht vorrangig unter Täteraspekten („**Ausländerkriminalität**“) untersucht worden (vgl. z.B. Albrecht 1997; Tony [Ed.] 1997; Pilgram 1993).

Die traditionelle Opferforschung (für Deutschland vgl. Bilsky 1996a, 1996b; Boers, Ewald, Kerner, Lautsch, Sessar (Hrsg.) [1994]; Boers, Gutsche, Sessar [Hrsg.] 1997; Ewald 2000; Kury 1992; Reuband 1999; für Mittel- und Osteuropa vgl. Ewald 1995, 1996; Sessar, Holler 1997) erfasst infolge ihrer methodologischen Grundkonzeption (Wohnbevölkerung, Haushaltsbefragung) Minderheiten und Einwanderer in der Regel selbst dann nicht repräsentativ, wenn sie bereits in den Zielregionen leben. Menschen auf Flucht und Wanderung werden bei diesen auf Sesshafte gerichteten Untersuchungen per se nicht erfasst.

Einzelne Studien untersuchen das Opfererleben von Minderheiten im Kontext der Lebenssituation in den Zielregionen (Strobl 1998; Pitsela 1986). Strobl wendete sich vor dem Hintergrund vermehrter Anschläge gegen Ausländer in Deutschland Anfang der 90er Jahre den Opfererfahrungen türkischer Minderheiten mit einem migrationssoziologischen Ansatz zu; Pitsela führte eine Untersuchung der Kriminalität sowie eine Opferbefragung unter griechischen Gastarbeitern durch. **Beide Studien erfassen die besondere Vulnerabilität als Merkmal der sozialen Lage von Ausländern in Deutschland, die Bezüge zur Situation von unerwünschten Einwanderern** aufweisen. Auch werden Befunde zu Opfereinstellungen (höhere Unsicherheitsgefühle, ausgeprägte Bestrafungswünsche, geringeres Instanzenvertrauen) vorgestellt, die z.T. erheblich von denen abweichen, die aus Opferstudien unter der deutschen Wohnbevölkerung bekannt sind. Diese Befunde deuten darauf hin, dass der Verlust der Heimatkultur als sozialer Lebensraum und eine misslungene oder unvollständige Integration in die Kultur von Zielländern einen besonderen Hintergrund für das Erleben von Viktimisierung und deren Deutung darstellen.

Wenngleich Ansätze traditioneller Opferforschung die besondere Natur des Opfererlebens von Flüchtlingen und Immigranten nicht erfassen, können aus den vorliegenden Erfahrungen und Konzepten wesentliche Dimensionen der Opferforschung zu Flüchtlingen und Migranten abgeleitet werden, insbesondere zu: Formen der Viktimisierung, Unsicherheitsgefühle, Furcht, Risikoeinschätzung, Umgang mit Viktimisierung (Coping), Vermeideverhalten, Strafbedürfnis, Rachegefühle, Instanzeneinstellungen (im weiteren Sinne bezogen z.B. durch Hilfsorganisationen).

Untersuchungen zur Viktimisierung von Flüchtlingen und Migranten

Untersuchungen zur Opferwerdung als Moment der Wanderung selbst betreffen vorrangig Viktimisierungen, die Migranten und Flüchtlinge im Zusammenhang mit den flucht- bzw. migrationsauslösenden Ereignissen wie Kriegen, Umweltkatastrophen oder Vertreibungen erleben (Wareham 2000; Council of Europe 1991; AAAS, ABA 2000; Ball, Spierer, Spierer [Eds.] 2000; Nolic-Ristanovic 2000). Politikwissenschaftliche Analysen wie durch Flüchtlingsorganisationen vorgelegte Einschätzungen beziehen sich oftmals auf eine Beschreibung von Fällen und einer davon abgeleiteten Situationscharakteristik, die dahingehend interpretiert wird, dass Migranten oder Flüchtlinge Opfer von Verletzungen und Angriffen als Folge von Praktiken bei der Grenzkontrolle oder im Zuge von Ausweisungen wurden (Hayter 2000; ARI 2001, FFM 1998, UNITED 2001).

Allgemeine Opfererfahrungen auf Flucht und Wanderung

a) Ausgangssituation in den Herkunftsgebieten: Zunächst sind bestimmte Ausgangsbedingungen von Flucht und Migration als supply-push-Faktoren bereits unter einem weiteren Opferbegriff (Fattah 1991, 4) als Viktimisierung zu betrachten. Die mit diesen Faktoren verbundene Leidverursachung führt dazu, dass eine ausgesprochen gefährvolle und zudem ungewisse Wanderung begonnen wird, mit dem Ziel, diese subjektiv als unerträgliche empfundene Situation aufzuheben (Nuscheler 1995; Loescher, Monahan [Eds.] 1990). Die Struktur dieser Faktoren ist äußerst vielfältig und reicht von unmittelbarer politischer Repression und Todesdrohung bis zum Verlust wirtschaftlicher und sozialer Existenzbedingungen durch Naturkatastrophen oder aber chaotischen Wirtschafts- und Lebensverhältnissen (Cornelius, Martin, Hollifield 1994, 3 ff.). Modelle der Erklärung des Zustandekommens der „**Migration Decision**“ (vgl. etwa INSTRAW 1994, 45) versuchen Faktoren auf Makro-, Meso- und Mikroebene darzustellen, die in ihrer komplexen Wirkung mit Bezug auf eine Flucht- oder Migrationsentscheidung zwei wesentliche Vektoren repräsentieren: zum einen sind es desintegrative Momente der Herkunftsgesellschaften, die in ihrer Kombination ein gewisses Maß an Unerträglichkeit für die Bevölkerung (oder Teile davon) erreichen und zum anderen sind es die Kommunikationsformen und -wege, die in den Zielregionen zur (abgelehnten) Herkunftsregion eine Alternative darstellen.

b) Flucht und Wanderung: Die Bedingungen, unter denen Flüchtlinge und Migranten zwischen Herkunfts- und Zielregionen unterwegs sind, setzen sie zugleich den verschiedensten Angriffen in besonderer Weise aus, da sie kaum über Ressourcen der Abwehr verfügen und besonders angreifbar sind (UNHCR 2000, 43 ff., 69 ff., 91 ff., 119 ff.; Nicolic-Ristanovic 2000). Die zum Schutz vor Viktimisierungen üblicherweise vorhandenen informellen sozialen Netzwerke (Familie, Nachbarschaften, Freunde) sind nicht verfügbar, Institutionen formeller Kontrolle können nicht angerufen werden, da sie als „Illegale“ gerade vermeiden (müssen), von diesen Stellen wahrgenommen zu werden. Formen der Opferwerdung werden dahingehend beschrieben, dass sowohl innerhalb der Flüchtlingsgruppen, durch Schleuser und kriminelle Banden, aber auch durch Bewohner in Regionen, die durchquert werden, Angriffe drohen (AutorInnenkollektiv 2000).

c) Zielgebiete und Viktimisierung: Hinsichtlich der Zielgebiete spielen bestimmte demand-pull-Faktoren unter dem Gesichtspunkt von Viktimisierung ebenso eine Rolle. Besonders die Formen organisierten Menschenhandels und Menschenschuggels sind mit (oftmals) illegalen Bedürfnissen der Zielländer verknüpft, die für Immigranten ein weiteres Feld von Viktimisierung bedeuten. **Kinder- und Frauenhandel, Verleitung und Zwang zu Prostitution, Schwarzarbeit, Einbindung in Drogen- und Waffenhandel zur „Bezahlung“ von Schleusungen bedeuten, dass das Erreichen des Zielgebietes nicht zu einer Aufhebung erhöhter Vulnerabilität und Opferwerdung führt.**

Immigranten und Flüchtlinge als Opfer im Kontext illegaler Grenzüberschreitung

In ihrem Buch „Open Borders. The Case Against Immigration Controls“ beschreibt Teresa Hayter - mit besonderem Blick auf die britische Situation - gegenwärtige europäische und amerikanische Immigrationskontrolle als (insbesondere für „poor people, and especially black people“) ein von stark repressiven Zügen geprägtes Szenario (Hayter, T. 2000, 1).

Nach Einschätzung von Flüchtlingsorganisationen und Menschenrechtsgruppen (vgl. UNHCR 2000; ARI 2001; FFM 1998; UNITED 2001) kommt es im unmittelbaren Zusammenhang mit dem unerlaubten Passieren der EU-Außengrenzen oder der Grenzen der „Gatekeeper“ zu zahlreichen Verletzungen. Zwar handelt es sich dabei (mit Ausnahme der Gesamtübersicht bei UNITED) überwiegend um punktuelle Betrachtungen, die eher phänomenologisch orientiert und pragmatisch-beschreibender Natur sind, gleichwohl vermitteln diese Analysen einen ersten Überblick über die Typik von Risiken und Opferwerdungen. So werden für Deutschland und die EU-

Außengrenzen durch das Europäische Forum für Migrationsstudien, die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM), Antirassistische Initiative (ARI), Proasyl, UNITED sowie die Dokumentationsstelle „Menschenrechtsverletzungen an der Grenze“ Formen der Opferwerdung beschrieben (z.B. UNITED 2001; ARI 2001; FFM 1998).

Zum Zwecke einer Differenzierung der Risiken durch Grenzsicherung kann mit Blick auf die vorliegenden Darstellungen in systemisch-strukturelle und personelle Risiken unterschieden werden. Als systemische Risiken werden dabei von technischen Grenzanlagen ausgehende Gefahren verstanden, während als personelle Risiken die Reaktionen der Sicherheitskräfte bei der Grenzkontrolle in ihrer Interaktion mit den Migranten und Flüchtlingen bezeichnet werden sollen. Mit Bezug auf Lebensrisiken, die aus dem **System der Grenzsicherung**, seiner natürlichen und technischen Gestaltung resultieren und in Opferwerdung umschlagen können, werden im Wesentlichen folgende Fallgruppen beschrieben:

- beim Überwinden natürlicher Hindernisse (ertrinken, verdursten, erfrieren);
- durch Wirkungen des technischen Systems der Grenzkontrolle (Minen, Sperranlagen);
- als Folge der individuellen Unerträglichkeit der Kontrollpraktiken (Suicid nach Festnahme, Verzweiflungstaten wie aus dem Zug springen etc.).

Die im Rahmen von **Kontrollbegegnungen** dargestellten Bedrohungsszenarien beziehen sich auf das unmittelbare Einwirken von in staatlichem Auftrag mit der Grenzkontrolle tätigen Personen auf illegale Einwanderer, die im Ergebnis zu Risiken für deren Leben und in Einzelfällen zum Tod führen können:

- beim Versuch, die unmittelbare Ergreifung zu verhindern (Verkehrsunfälle, Unfälle durch riskante Fluchtversuche). So beschreibt z.B. PRO ASYL am 2.10.1998 den Tod von Kosovo-Flüchtlingen, die durch einem Unfall bei der Verfolgung durch Grenzbeamte gestorben waren. Zu dieser Gruppe von Vorfällen gehört auch der Fall eines am 18.04.2001 auf der Flucht vor dem BGS tödlich verunglückten Vietnamesen (John, 2001);
- durch Schusswaffenanwendung (UNITED 2001);
- durch Anwendung physischer Gewalt. Die Anwendung unmittelbaren physischen Zwanges durch Grenzbeamte und Polizisten auch unter Einsatz von Hunden (43 Menschen wurden nach Angaben der Bundesregierung zwischen 1997 und 1999 Opfer einer „Bissverletzung durch Diensthund bei Fluchtversuch“) wird von aufgegriffenen Migranten immer wieder berichtet, wie in einem MONITOR-Beitrag „Bundesgrenzschutz: Jagdszenen an der deutsch-polnischen Grenze“ dargestellt (vgl. auch FFM 1998, MONITOR 2001).

Die von UNITED² vorgelegte „List of 2315 documented refugee deaths through Fortress Europe“ (UNITED 2001) führt für die Zeit zwischen 1993 und 2001 Fälle zu Tode gekommener Migranten und Flüchtlinge auf, die - aus Sicht der Organisation - nach den vorliegenden Angaben als Folge der Kontrollpraxis der Außengrenzen der EU anzusehen seien. Wenngleich hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Daten Fragen offen bleiben, lässt sich aus der Übersicht der Fälle ableiten, dass beide Risikobereiche real existieren.

In Beantwortung einer sich auf eine Dokumentation der Antirassistischen Initiative Berlin berufenden Kleinen Anfrage (BT-Drucksache 14/5613) im Bundestag (bezogen auf die Jahre 1999 und 2000) gibt die Bundesregierung an, dass „insgesamt 19 Personen an den Grenzen bzw. im Grenzgebiet Deutschlands tot aufgefunden wurden. Überwiegend handelte es sich um Ertrinkungsfälle. Bei zwei Personen war vermutlich Selbstmord durch Erhängen, bei einer Person vermutlich Vergiftung durch im Körper transportierte Drogen die Todesursache. Zwei Personen wurden an der deutsch-tschechischen Grenze tot aufgefunden. Aus dem Fund eines Leichenteiles

² UNITED for intercultural Action, European network against nationalism, fascism and in support of migrants and refugees, Amsterdam.

wurde auf einen Ertrinkungstod geschlossen“ (Bundesregierung 2001, 2). Verletzungen infolge der „Anwendung unmittelbaren Zwanges gegen Personen oder aufgrund einer Nacheile im Zusammenhang mit einem unerlaubten Grenzübertritt wurden 1999 und 2000 ... in 53 Fällen registriert“ (Bundesregierung 2001, 5). Überwiegend handele es sich dabei um „leichte Bissverletzungen durch Einsatz des Dienst- bzw. Zollhundes oder die Folgen von durch Flucht verursachten Verkehrsunfällen.“ Dabei räumt die Bundesregierung ein, dass eine systematische Erfassung dieser Fälle nicht erfolgt.

2.1.3 Illegale Einwanderung als „Bedrohung“ und Gegenstand grenzpolizeilicher Aufgaben

Mit Ausnahme der Aufgegriffenen, die umgehend einen Asylantrag stellen und von vereinzelt Fällen, in denen trotz gültiger Reisedokumente und vorliegender Aufenthaltserlaubnis zunächst ein Aufgriff vorliegt, werden die aufgegriffenen Flüchtlinge und Migranten wegen der Strafvorschriften des Ausländergesetzes als Beschuldigte behandelt (Dietrich 1999). Die weitgehende Kriminalisierung unerlaubter Einreise wird im Kontext und als Folge der mit den Schengener Übereinkommen festgelegten Kriterien der Kontrolle der EU-Außengrenzen dargestellt, die – gestützt auf die Möglichkeiten der Strafverfolgung – die Unterscheidung erwünschter und unerwünschter Immigranten möglich und praktisch realisierbar machen soll (Wittkämper, Krevort, Kohl 1996, Kádár 2001).

Fluchthilfe und Schlepperorganisationen - OK und unerwünschte Einwanderung

Mit Bezug auf die Innere Sicherheit stellt sich die unerwünschte Einwanderung spätestens seit Anfang der 90er Jahre als Problem in Verbindung mit organisierter Kriminalität dar. Sowohl in internationaler (vgl. Kattau 1993; Ulrich 1995; Aronowitz 2001) als auch deutscher Perspektive (Höfling-Semnar 1995; Uhrlau 2001; Hansen 2001; Thamm, Freiberg 1998) wurde unerwünschte Einwanderung in der bereits dargestellten Weise nicht nur zu einer Bedrohung wegen des quantitativen Anstieges, sondern zu einem Thema der Inneren Sicherheit gerade deshalb erklärt, weil es in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Phänomen organisierter Kriminalität gebracht wurde. In den Zielländern auf nationaler Ebene, mehr noch in der internationalen Zusammenarbeit sind Programme installiert worden, die Menschenhandel und Menschenschmuggel als Bedrohung durch Organisierte Kriminalität definieren und untersuchen (Aronowitz 2001, 178). Ein wesentliches Ziel dieser Programme, die vom Centre for International Crime and Justice Prevention (CICJP) und dem United Nations Interregional Crime and Justice Research Institute (UNICRI) durchgeführt werden, besteht darin, Daten über das Ausmaß des Menschenhandels und -schmuggels, Routen, Praktiken zu erlangen (Thamm, Freiberg 1998, 206 ff.; Kattau 1993). In dieser Perspektive wird dann die Schleusung von Menschen primär als eine Form organisierten Verbrechens verstanden, gegen das „durch asyl- und ausländerrechtliche Maßnahmen, die die legale Einwanderung erschweren sollen, zum anderen durch Verbesserung des Grenzschutzes“ (Kattau 1993, 207) vorgegangen werden soll.

Dieses Bild einer Bedrohung ist für die Untersuchung der Opferwerdung durch Grenzkontrollen insoweit bedeutsam, als es Ansätze für die Erklärung der Gestaltung des Grenzregimes (im Sinne einer Abwehr krimineller Gefahr) auch gegen die Masse der unerwünschten Einwanderer bietet. Eine Tendenz zur Gleichsetzung von unerwünschter Einwanderung mit Schleusung als Beispiel für zukünftig besonders gefährliche Formen von OK wird deutlich sichtbar. „Schleusung, Müllkriminalität, Computerkriminalität und Wirtschaftsspionage stehen stellvertretend für Deliktbereiche, die in den 90er Jahren als neue oder intensiviertere Einnahmequellen die OK-Profiten maximieren“ (Thamm, Freiberg 1998, 206).

Reaktionen der Zielregionen und Transitländer - Ausbau der Grenzkontrolle

Die überwiegende Auffassung der Migrationsforscher wird von Opitz dahingehend zusammengefasst,

„daß sich die Abschottung gegen Zuwanderung, die seit mehr als einem Jahrzehnt die Politik fast aller OECD-Staaten bestimmt, fortsetzen wird. Zunehmen werden auch die Versuche illegaler Einwanderung, mit allen kriminellen Nebenfolgen, die sie begleiten“ (Opitz 1997a, 42).

In einer vergleichenden Betrachtung zwischen Nord-Amerika und Europa wird der „Wall around the West“ (Andreas, P., Snyder, T. [Eds.] 2000) ausdrücklich in der Tradition großer Mauern beginnend mit der Chinesischen Mauer bis hin zur Berliner Mauer gesehen und entgegen einer verbreiteten Ansicht von zunehmender Grenzöffnung im Zeichen der Globalisierung von „hardening“ und „rebordering“ gesprochen. Zwar hat mit dem Ende des 20. Jahrhunderts ein Wandel in der Funktion von Grenzen eingesetzt (militärische und ökonomische Gründe für die Kontrolle von Grenzen treten in den Hintergrund), jedoch sei diese Entwicklung entlang einer Reichtumsgrenze nicht nur nicht mit einer geringeren Intensität der Grenzkontrolle verbunden, sondern hätte zu deren Ausbau geführt. Damit seien die Grenzen moderner Industriestaaten bzw. -regionen sowohl durch ökonomische und militärische Liberalisierung geprägt, wie andererseits gilt: „they are also now more criminalized to deter those who are perceived as trespassers“ (Andreas 2000, 2).

Im Sinne dieser Entwicklungen sollen die Regelungen des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) - sechs Jahre, nachdem sie für sieben Staaten Geltung erlangten - überarbeitet werden und insbesondere grenzüberschreitende Polizeiaktionen und die Bildung einer EU-Außenpolizei möglich machen (Busch 2001, 43; Holzberger 2001, 48 ff.; Nogala 2001). Daraus folgt, dass die Staatsgrenzen der Länder der EU und anderer entwickelter Industrieländer als wesentliches Moment gegenwärtiger und zukünftiger sozialer und auch strafrechtlicher Kontrolle verstanden werden müssen. „Thus, when it comes to immigration controls, nation-states very much remain 'bordered power-containers'...“ (Andreas 2000, 2). Das nach den Terroranschlägen vom 11.09.2001 auf New York geplante und mit drei Milliarden Mark finanzierte „Anti-Terror-Paket“ ist auch für den Ausbau des BGS und den Grenzschutz vorgesehen, da „(der) Bundesgrenzschutz ... bei wachsenden Schutzaufgaben mehr Mittel brauche“ (Höll, Hagelüken 2001).

Funktionsverständnis, Einstellungen und Vorbehalte von Grenzbeamten/Grenzpolizisten

Das Verhältnis zwischen Grenzbeamten bzw. -polizisten und illegalen Einwanderern ist auf beiden Seiten ambivalent.

Hilfe und Abwehr prägen als zwei widersprüchliche Funktionen grenzpolizeiliche Tätigkeit.

Der auf britischen Vorschlag zurückgehende Plan zur Eindämmung der Flüchtlings- und Migrationsbewegung an den EU-Außengrenzen (Holzberger 2001, 51) läuft auf eine Vereinheitlichung der Grenzkontrollen als Abwehr illegaler Einwanderung, Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden insbesondere gegen Schlepperbanden, Beratung und Anleitung von EU-Anwärterstaaten und eine Verbindung zu militärischen Kräften (insbesondere im Kontext der Balkankrise) hinaus. Es muss davon ausgegangen werden, dass die New Yorker Ereignisse diese Bestrebungen drastisch verstärken werden. Die Einstellung der Grenzschützer ist damit grundlegend durch ihr Berufsbild geprägt, eine Bedrohung zu kontrollieren. Vor diesem Hintergrund eines polizeilich-militärischen Funktionsverständnisses von Grenzkontrolle sind die immigrantenbezogenen Einstellungen offenbar zum einen durchaus auf die Leidenserfahrung der Flüchtlinge und Migranten bezogen, wie sie zum anderen zugleich durch deren Status als „Illegale“ oder Beschuldigte geprägt sind. **Daraus ergibt sich ein Rollenkonflikt, den Grenzbeamte im grenzpolizeilichen Alltag zu bewältigen haben (Van Ooyen, Möllers [Hrsg.] 2000).**

Einstellungen von Grenzbeamten zu unerwünschten Immigranten sind in komplexer Form kaum untersucht worden. Eine jüngere (noch unveröffentlichte) Studie von Mesko (2001), die Einstellungen slowenischer Grenzbeamter gegenüber illegalen Einwanderern untersucht, erbringt Befunde, die einen ausgeprägten Ethnozentrismus und fremdenfeindliche Tendenzen belegen. Kon-

zeptionell und methodisch geht diese Studie von Einstellungsuntersuchungen der Polizeiforschung aus. Auch für die Polizeiforschung in Deutschland gilt, dass – obwohl sie häufigen Umgang mit Opfern haben – eine Untersuchung opferbezogener Einstellungen bislang kaum erfolgt ist (Ohlemacher 1999, 3). Kleinere, regional begrenzte Studien (Janssen 1992; Janssen, Ewald 2000) waren vorwiegend deskriptiv ausgerichtet und bezogen sich auf die Darstellung von Zusammenhängen zwischen polizeibezogenen Indikatoren (Dienststellung, Dienst erfahrung, -zufriedenheit, eigene Opferwerdung, viktimologische Ausbildung) und dem Opferbild der befragten Polizisten.

Untersuchungen zu fremdenfeindlichen Einstellungen unter deutschen Polizisten (u.a. im Zusammenhang mit dem sog. „Hamburger Polizeiskandal“) zeigen, dass der Anteil fremdenfeindlicher Einstellungen bei Polizisten den in der Gesamtbevölkerung nicht übersteigt, wie auch die Befunde darauf hindeuten, dass Fehlverhalten und Übergriffe eher mit Berufsunzufriedenheit und Stresssituationen zusammenhängen (Feltès 1990; Kirkcaldy 1993; Ahlf 1997; Untersuchungsausschuss „Hamburger Polizei“ 1996; Eckert, Jungbauer und Willems 1996, 1998). Allerdings weisen die Untersuchungen zum „Hamburger Polizeiskandal“ darauf hin, dass Ausländer wegen ihrer geringen oder fehlenden Beschwerdemacht und einer komplizierteren und zum Teil konflikthafteren Kommunikation mit der Polizei diskriminierenden Reaktionen auf Seiten der Polizisten eher ausgesetzt sind (vgl. Backes, Bieck, Dollase, Heitmeyer, Meyer, Spona, Wilkening 1997).

2.2 Eigene Vorarbeiten

Die Antragsteller haben in der Vergangenheit bereits verschiedene umfangreiche viktimologische Forschungsprojekte durchgeführt (vgl. Literaturverzeichnisse im Anhang), wie auch die Kriminologische Forschungsgruppe des Max-Planck-Instituts über langjährige Erfahrungen im Bereich der Durchführung von Viktim surveys verfügt (z.B. Kury 92). Des Weiteren wurden Themen mit Ausländer- und Migrationsbezug (Pitsela 1986) wie auch unter dem Aspekt sozialer Kontrolle und Polizeiarbeit (Nogala 2001) bearbeitet, die als Vorarbeiten zu dem geplanten Projekt gelten können.

U. Ewald hat sich im Rahmen verschiedener Arbeiten mit Themen beschäftigt, die für den mit dem geplanten Projekt erfassten Forschungsgegenstand relevant sind:

- „Opfererleben in den neuen Bundesländern“ (Mitautoren: Hennig und Lautsch), in: K. Boers, U. Ewald, H.-J. Kerner, E. Lautsch, K. Sessar (Hg.). Sozialer Umbruch und Kriminalität, KFB-Schriftenreihe, 2/2, 75-171. Bonn 1994;
- vergleichende viktimologische Untersuchung in fünf Städten (Budapest, Bukarest, Prag, Sofia, St. Petersburg und Warschau), die unter anderem Probleme der strafrechtlichen Aufarbeitung und Bevölkerungseinstellungen zum Umgang mit dem Unrecht des Staatssozialismus analysierte (Ewald 1995);
- Criminal victimisation and social adaptation in modernity: fear of crime and risk perception in the new Germany, in: Tim Hope, Richard Sparks (Eds.). Crime, risks and insecurity. Law and order in everyday life and political discourse, London, New York, 166-199;
- Jugendstrafrechtliche Diversionspraxis in der Perspektive Thüringer Staatsanwälte - Ergebnisse einer qualitativen Analyse, Forschungsbericht im Rahmen des Projektes "Kriminalprävention" an der Fachhochschule Erfurt. 2000 (Ko-Autor: Helmut Janssen, Forschungsbericht, unveröff.);
- Opfer und Opferhilfe in der Perspektive des polizeilichen Alltags - Ergebnisse einer Befragung von PolizeibeamtInnen in Erfurt. 2000 (Ko-Autor: Helmut Janssen, Forschungsbericht, unveröff.);
- Multicultural Context, Crime, and Policing in Germany - Challenges after Unification, Ko-Autor: Thomas Feltès (Villingen-Schwenningen), Beitrag zu einer gemeinsamen Konferenz

der Israel National Police und des National Institute of Justice an der Universität von Hebrew (20.-22. März 2001) (im Erscheinen).

2.3 Einbettung des Projekts und Kooperationspartner

Das geplante Projekt ist Teil von Forschungen im Rahmen einer langfristig angelegten Forschungsrichtung der Kriminologischen Forschungsgruppe des Max-Planck-Instituts, die sich verstärkt Problemen des Migrationsgeschehens unter dem Aspekt sozialer und strafrechtlicher Kontrolle wie auch unter Täter- und Opferaspekten zuwendet. In dieser Perspektive angelegte Projekte werden beim Stabilitätspakt für Süd-Ost-Europa und dem 5. bzw. 6. Rahmenprogramm der Europäischen Union eingereicht. Mit der Organisation des Forschungsprozesses paralleler Projekte auf verschiedenen Ebenen soll eine für die Bearbeitung der globalen Forschungsfragen notwendige Komplexität möglichst schnell erreicht und dabei gleichzeitig die praktische Durchführbarkeit im Rahmen strukturierter und überschaubarer Einzelprojekte gewährleistet werden. Dem hier beantragten Projekt kommt insofern besondere Bedeutung zu, da es eines der ersten der geplanten Forschungsvorhaben sein soll und das entwickelte Konzept wie die Methoden erstmals angewendet werden. Dies verpflichtet in besonderer Weise dazu, ergebnisorientiert auf die Durchführbarkeit sowie die Begrenzung von Risiken im praktischen Forschungsprozess zu achten.

Die länderbezogene Forschungskoooperation, insbesondere die Sicherung des jeweiligen Feldzuges wird für Großbritannien mit dem Home Office in London, für Ungarn mit der Universität Miskolc und dem Innenministerium Ungarns, für die USA mit der Universität San Diego, für Kanada mit der School of Criminology in Burnaby/Vancouver und für Australien mit der University of Western Australia gestaltet. Für die Vorbereitung der Datenerhebung in Deutschland ist mit dem Präsidenten a.D. des Bundesgrenzschutzes, Herrn Mechlinski, eine Zusammenarbeit verabredet. Die von der Vereinigung UNITED angelegte Datenbank (UNITED 2001) wird für die Auswertung im Rahmen dieses Projektes zur Verfügung gestellt wie auch die Möglichkeiten der Nutzung von Daten der Landesämter für Statistik der Länder Brandenburg, Bayern und Schleswig-Holstein genutzt werden. Der Forschungsansatz des Projektes und erste Ergebnisse der Sekundärdatenanalyse wurden auf dem diesjährigen ASC-Meeting in Atlanta am 10. November 2001 wie auch im Rahmen des vom Max-Planck-Institut gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 2.-4. November 2001 in Berlin durchgeführten Workshop „War-Victimization Security: The Case of Ex-Yugoslavia“ vorgestellt.

3 Opfererleben von unerwünschten Einwanderern

3.1 Konzeptualisierung und methodische Umsetzung

Forschungsperspektive und Länderauswahl

Zur Gewährleistung der Durchführbarkeit dieses Projektes ist geplant, zunächst nur drei Länder in die komplexe Felduntersuchung (Interviews mit illegalen jugendlichen Immigranten und Grenzschützern) einzubeziehen und dabei solche Länder auszuwählen, in denen – auch vor dem Hintergrund der bestehenden Kooperationsbeziehungen des MPI – der notwendige Feldzugang gewährleistet ist. Zugleich sollen die ausgewählten Länder für eine hinreichende Varianz stehen, d.h. neben den Gemeinsamkeiten als Länder „wohlhabender Zielregionen“ wesentliche besondere Merkmale aufweisen, deren Analyse für das Verständnis des globalen Phänomens relevant sind.

Deutschland gilt unter den Einwanderern als attraktives Zielland und ist wegen seiner geographischen Lage in besonderer Weise mit den illegalen Einwanderern aus Süd- und Osteuropa konfrontiert. Zugleich ist Deutschland bei der Durchsetzung der Schengener Übereinkommen besonders engagiert und steht mit den eigenen Praktiken und Standards der Grenzkontrolle als Modell für andere Länder, insbesondere der EU-Beitrittskandidaten, die durch eine dauerhaft eingerichtete Beratung beim Aufbau eines eigenen Grenzregimes entsprechend der Schengen-

Kriterien unterstützt werden. **Großbritannien** weist zwar weitgehende Ähnlichkeiten in den Grundzügen der Asylpolitik mit Deutschland auf, besitzt jedoch als ehemalige Kolonialmacht eine andere historische Beziehung zur Einwanderung, wie sich auch aus der Insellage Besonderheiten der Kontrolle illegaler Immigration ergeben. Schließlich sind durch die Beibehaltung eines Sonderstatus auch im Rahmen der Schengener Abkommen, der die Entscheidung Großbritanniens über die Zugangsbedingungen und –kontrollen weiterhin als eine stark national geprägte Angelegenheit bestehen lässt, Unterschiede im Vergleich zu anderen Zielländern der EU zu erwarten. Unter Aspekten der Varianz und des Typischen wäre **Spanien** in eine erste Auswahl von Ländern für die hier geplante Studie einzubeziehen gewesen. Spanien steht für das klassische, kontinentale Westeuropa, das die südliche und westliche Außengrenze Europas repräsentiert. Gleichwohl stellt sich der Feldzugang derzeit im Vergleich zu Großbritannien wesentlich komplizierter dar, wie auch die Risiken der Forschungsorganisation und Durchführung einen höheren eigenen Aufwand erfordert hätten. Die Untersuchung Spaniens ist deshalb für Folgeprojekte vorgesehen, die dann bereits auf bestehende Erfahrungen zurückgreifen können. **Ungarn** repräsentiert wegen seiner geographischen Lage und in seinem Bestreben der EU beizutreten die Gruppe der „Gatekeeper“. Hier ist besonders das Spannungsfeld zwischen Durchsetzung der Schengener Richtlinien zur Abschließung der Außengrenzen und gleichzeitige Einhaltung menschenrechtlicher Standards beim Umgang mit den illegalen Immigranten und Flüchtlingen zu beobachten. Die als vergleichende Betrachtung (ohne eigene Felduntersuchung) geplante Einbeziehung der **USA, Kanadas und Australiens** ergibt sich aus der Notwendigkeit, auch bei einem ersten Projekt zur kriminologisch-viktimologischen Untersuchung von Migrationsproblemen deren globalen Charakter zu berücksichtigen, um so den Blick über Europa hinaus offen zu halten. **Eine weitere Eingrenzung betrifft den Personenkreis der illegalen Einwanderer. Es sollen zunächst nur die Jugendlichen befragt werden als Vorstufe für das umfassender angelegte gesamte Vorhaben.**

Kommunikation von Opferrisiken – Persönliche Netzwerke und mediale Berichterstattung

Traditionelle Opferforschung untersucht Zusammenhänge der Antizipation möglicher Opferwerdung vornehmlich mit Blick auf Risikoeinschätzung, Coping- und Vermeideverhalten. Eine Besonderheit viktimologischer Untersuchung illegaler Einwanderer besteht in der Untersuchung des Zusammenhanges zwischen vorgestelltem Viktimisierungsrisiko und der Entscheidung darüber, ob eine Flucht bzw. Wanderung und ein illegaler Grenzübertritt unternommen wird. Dabei kommt der informellen wie auch öffentlichen Kommunikation vor und während Flucht bzw. Wanderung über die realen Gefahren eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere wäre zu untersuchen, inwieweit die auf Undurchlässigkeit und insoweit auch auf Abschreckung gerichteten Formen von Grenzkontrollen (einschließlich der Kriminalisierung von unerlaubtem Grenzübertritt und Schleusung) zum einen bekannt waren und zum anderen als Kalkül bei der Entscheidung über das Ob und Wie (auch bei der Wahl bestimmter Länder und Wege) eine Rolle spielten.

Hierbei kann auf die klassische viktimologische Forschung zurückgegriffen werden, wie auch aus Interviews mit Flüchtlingen bekannt ist, dass die Antizipation von Risiken der Opferwerdung in Entscheidungsprozesse einbezogen wird. Obwohl stabile Zusammenhänge zwischen medialer Darstellung und Bevölkerungseinstellungen zu Kriminalität nur vereinzelt gefunden werden konnten (vgl. Übersicht bei Boers 1991, 149, 153, 164 ff.), wird vom Bestehen eines solchen, jedoch auf komplexe Weise vermittelten Zusammenhanges ausgegangen. Menschen kommunizieren ihre Lebenssituation und darin auftauchende soziale Probleme vorrangig in informellen sozialen Netzen. Familie, Nachbarschaft, Freundeskreis, Arbeitskollegen und Freizeitgruppen sowie die **mediale Berichterstattung** stellen Kommunikationszusammenhänge dar, die wesentlichen Einfluss auf die Bedeutungszuschreibung und Bewertung von Ereignissen haben (Skogan, Maxfield 1981, 145 ff.). So haben Ruback, Greenberg und Westcott (1984) für das Erleben von Viktimisierungen herausgefunden, dass informelle Kommunikation die Bewertung von Viktimisie-

rungen und die Wahl der Reaktionsmöglichkeiten wesentlich beeinflussen (Ruback/Greenberg, Westcott 1984, 54).

Datenerhebung und Feldzugang

Im Zentrum der Untersuchung zur Opferwerdung stehen Viktimisierungserfahrungen, die im Zuge der illegalen Einreise erlebt wurden. Da eine repräsentative Erhebung nicht möglich und wegen der Eigenart des Untersuchungsgegenstandes nicht sinnvoll ist, werden zur qualitativen Beschreibung des Opfererlebens von jugendlichen Immigranten bei illegalem Grenzübertritt im Sinne theoretischer Repräsentativität (Hermanns 1992, 116) die Interviewteilnehmer nach dem theoretischen Modell ausgewählt (Glaser 1977, 45ff.; Strauss, Corbin 1990, 176ff.). Die theoretische Stichprobe entspricht dem Theoriemodell, wenn es sich sowohl an der Komplexität wie auch der Differenziertheit der Untersuchungspopulation orientiert. Im Fall der geplanten Untersuchung ergibt sich dieser Bezug aus zwei Dimensionen: zum einen aus der Komplexität der Opfererfahrungen und zum anderen aus der Differenziertheit der Gruppe der unerwünschten Einwanderer.

In der gesichteten Literatur zur Struktur illegaler Einwanderer werden folgende vier Gruppen mit besonderen Eigenschaften abgehoben, die in der **ersten Phase der Studie (Projektteil: Illegal eingewanderte Jugendliche)** im Sinne einer vertiefenden Analyse einbezogen werden sollen:

- *politische Flüchtlinge mit Kindern:*

Der Zugang zu politischen Flüchtlingen (nach Definition der Zielregion) ist über die Ausländerbehörde möglich, da infolge des durchlaufenen Asylverfahrens entsprechende Daten vorliegen und eine Anfrage, ob die Bereitschaft zum Interview besteht, weitergeleitet werden kann.

- *junge Frauen, die als Prostituierte illegal eingereist sind:*

Über die „Hurenvereinigung Berlin“ ist der Kontakt zu insbesondere aus Osteuropa kommenden und illegal eingereisten Frauen möglich, die als Prostituierte gearbeitet haben oder arbeiten.

- *allein illegal eingereiste Kinder:*

Für diese Gruppe ist nunmehr das Bleiberecht gesichert. Sie werden durch die Ausländerbehörde erfasst und in Zusammenarbeit mit Jugendämtern betreut. Über diese Stellen ist der Kontakt mit solchen Kindern möglich.

- *illegal arbeitende Jugendliche*

Die Gruppe der illegal arbeitenden illegalen Einwanderer ist nur über informelle Kontakte zu erreichen. Diese bestehen über Flüchtlingshilfsorganisationen (wie FFM in Berlin).

Der Zugang zu internierten Immigranten für die Interviews ist mit Hilfe der Kooperationspartner in allen ausgewählten Ländern möglich. Hinsichtlich der speziellen Untersuchungsgruppen wird die Untersuchung im Sinne einer **vertiefenden Problemstudie nur für Deutschland** (gemeinsam mit Prof. Dr. Hartmut Schweitzer, Universität Bonn) durchgeführt. Ganz grundsätzlich ist im Zusammenhang mit den Problemen des Feldzuganges und ihrer Lösung auf umfassende Vorerfahrungen der Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen zu verweisen, zu denen Arbeitskontakte für die Durchführung der hier geplanten Studie bereits bestehen, und die die Durchführbarkeit der qualitativen Untersuchung – ungeachtet aller Probleme im Detail – belegen.

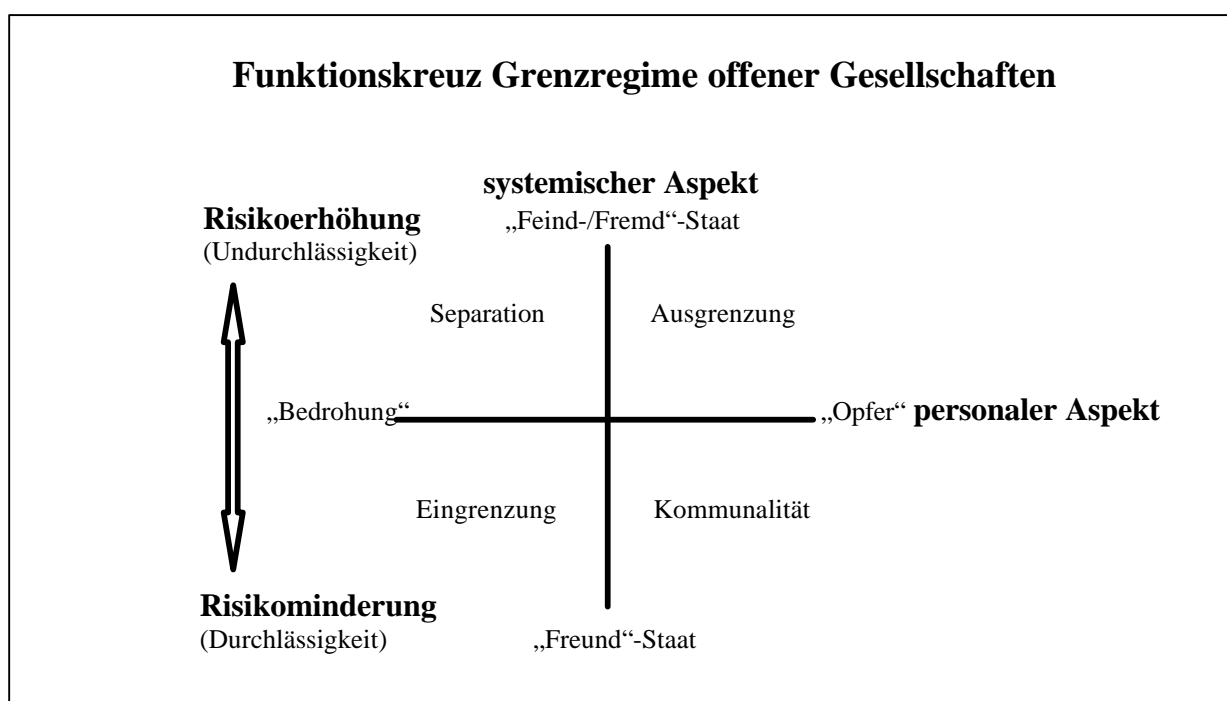
3.2 Funktionsverständnis von Grenzkontrolle und das „Bild“ der Grenzschrützer von illegalen Einwanderern

Externe Grenzkontrolle als Teil sozialer Kontrolle offener Gesellschaften

Die kriminologische Untersuchung und der Vergleich von Grenzpraktiken an der Scheidelinie Arm-Reich setzen zunächst an einer allgemeinen Funktionsbestimmung von Grenze an. Bös

(1997, 53 f.) geht davon aus, dass **Kriterien der Eingrenzung, Ausgrenzung, Separation und Kommunalität den abstrakten Funktionszusammenhang von Grenzen offener Gesellschaften bilden**, vor dessen Hintergrund das Selbstverständnis von Grenzbeamten und ihre Sicht auf illegale Einwanderer entsteht.

Weiter ist dann in der mit Anderson (1997, 12 ff., 127 ff.) dargestellten Perspektive der systemische und der personale Aspekt von Grenzen zu unterscheiden. In systemischer Hinsicht stellen Grenzen faktisch und symbolisch die Existenz von Staaten dar, die, je nach dem Verhältnis der angrenzenden Staaten zueinander (primär politisch-ökonomisch und militärisch, aber auch historisch und kulturell), als „Freund-“ bzw. „Feind-/Fremd“-Beziehung sichtbar werden; in personaler Hinsicht geht es um Bevölkerungskontrolle durch Grenzen, d.h. die jeweils gewünschte bzw. tolerierte Wanderung zu beeinflussen und damit die Unterscheidung zwischen erwünschten und unerwünschten Einwanderern praktisch durchzusetzen.. Schematisch lassen sich die hier skizzierten Zusammenhänge wie folgt abbilden:



So sehr Polizisten häufig die ersten sind, die mit Opfern in Berührung kommen, sind ihre diesbezüglichen (handlungsrelevanten) Einstellungen kaum untersucht worden (vgl. Ohlemacher 1999, 3) (vgl. dazu im früheren Abschnitt)

Für die USA, Kanada und Australien werden unter Nutzung des auch für die Gruppeninterviews erarbeiteten Leitfadens jeweils 5 Experteninterviews mit erfahrenen Grenzbeamten durchgeführt.

Verzeichnis der zitierten Literatur:

AAAS, ABA (2000). Political Killings in Kosova/Kosovo March-June 1999. A Cooperative Report by Central and East European Law Initiative of the American Bar Association and the Science and Human Rights Program of the American Association for the Advancement of Science, Washington, D.C.

Ahlf, E.-H. (1997). Ethik im Polizeimanagement. Polizeietik mit Bezügen zu Total Quality Management (TQM), BKA-Forschungsreihe, Bd. 42, Wiesbaden.

- Albrecht, H.-J. (1997). Ethnic Minorities, Crime, and Criminal Justice in Germany, in: Tonry, M. (Ed.) (1997). *Ethnicity, Crime, and Immigration. Comparative and Cross-National Perspective*, Chicago, 31-99.
- Alain, M. (2001). The Trapeze Artists and the Ground Crew. Police Cooperation and Intelligence Exchange Mechanisms in Europe and North America – A Comparative Empirical Study, in: *Policing and Society*, 1-17.
- Anderson, M. (1996). *Frontiers. Territory and State Formation in the Modern World*, Oxford.
- Anderson, M. (1996). The Transformation of Border Controls: A European Precedent?, in: Andreas, P. , Snyder, T. (Eds.). *The wall around the West: State borders and immigration controls in North America and Europe*, Rowman & Littlefield, 15-30.
- Andreas, P. , Snyder, T. (Eds.) (2000). *The wall around the West: State borders and immigration controls in North America and Europe*, Rowman & Littlefield.
- Andreas, P. (2000). Introduction: The Wall after the Wall, in: Andreas, P. , Snyder, T. (Eds.). *The wall around the West: State borders and immigration controls in North America and Europe*, Rowman & Littlefield, 1-14.
- Angenendt, St. (1997). *Deutsche Migrationspolitik im neuen Europa*, Opladen.
- ARI (2001). *Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödliche Folgen (8. aktualisierte Auflage)*. Berlin.
- Aronowitz, A. A. (2001). Smuggling and Trafficking in Human Beings: The Phenomenon, the Markets that Drive it and the Organizations that Promote it, in: *European Journal on Criminal Policy and Research*, Vol. 9 No. 2, 163-195.
- AutorInnenkollektiv (2000). *Ohne Papiere in Europa. Illegalisierung der Migration – Selbstorganisation und Unterstützungsprojekte in Europa*. Berlin, Hamburg.
- Backes, O., Bieck, Th., Dollase, R., Heitmeyer, W., Meyer, J., Spona, D., Wilkening, F. (1997). *Risikokonstellationen im Polizeialltag. Ergebnisse einer mehrperspektivischen Untersuchung zum Verhältnis von Polizei und Fremden in Konfliktsituationen*. Bielefeld.
- Bales, K. (1999). What predicts global trafficking? Paper presented at the International Conference on New Frontiers of Crime: Trafficking in Human Beings and New Forms of Slavery, Verona, 22-23 October 1999.
- Ball, P., Spierer, H.F., Spierer, L. (Eds.) (2000). *Making the Case. Investigating Large Scale Human Rights Violations Using Information Systems and Data Analysis*, Wahington D.C.
- Bean, F.D. et al. (1995). *Illegal Mexican Migration and the United States/Mexico Border: The Effects of Operation Hold-the Line on El Paso/Juárez*. Report prepared for the U.S. Commission on Immigration Reform, July 15.
- Bilsky, W. (1996a). Die Bedeutung von Furcht und Kriminalität in Ost und West, in: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 79/5, 357-372.
- Bilsky, W. (1996b). Steigende Kriminalitätsfurcht – Gesichertes Wissen oder Trugschluß?, in: *Kriminologisches Journal*, 28/4, 284-286.
- Bilsky, W., Pfeiffer, C., Wetzels, P. (Eds.) (1993). *Fear of Crime and Criminal Victimization*, Stuttgart.
- Boers, K., Ewald, U., Kerner, H.-J., Lautsch, E., Sessar, K. (Hrsg.) (1994). *Sozialer Umbruch und Kriminalität*, Bd. I, II Bonn.
- Boers, K., Gutsche, G., Sessar, K. (Hrsg.) (1997). *Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland*, Opladen.
- Bös, M. (1997). *Migration als Problem offener Gesellschaften. Globalisierung und sozialer Wandel in Westeuropa und Nordamerika*. Opladen.
- Brakemeier, G. (1999). *Globaler Kampf der Kulturen? Analysen und Orientierungen*. Stuttgart, Berlin, Köln.
- Brubaker, R. (1994). Are Immigration Control Efforts Really Failing? in: Cornelius, W.A., Martin, Ph.L., Hollifield, J.F. (Eds.). *Controlling Immigration. A Global Perspective*. Stanford CA, 227-231.

Bundesgrenzschutz-Jahresbericht (1999). www.bundesgrenzschutz.de

Bundesregierung (2001). Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS - Drucksache 14/5421 - Todesopfer unter Flüchtlingen in die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union in den Jahren 1999 und 2000, BT-Drucksache 14/5613.

Busch, H. (2001). Offene Grenzen – aber nur für die Polizei. Verrechtlichung grenzüberschreitender Polizeiaktionen, in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 69 (2), 43-47.

Cannon, J. C. (2001). The Role of Intelligence Services in a Globalized World. Remarks. Vortrag auf der Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung zu „Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden im Zeitalter der Globalisierung am 21. und 22. Mai 2001 (unveröff.).

Cashmore, E., McLaughlin, E. (Eds.). (1991). Out of Order? Policing black people. London, New York.

Cornelius, W.A., Martin, Ph.L., Hollifield, J.F. (Eds.) (1994). Controlling Immigration. A Global Perspective. Stanford CA.

Council of Europe (1991). Survey on Prostitution, migration and traffic in women: history and current situation. Strasbourg.

Daniel, J. (1991). Illegal Immigration - An Unfolding Crisis. Lanham, Maryland.

Dann, T.J. (1996). The militarization of the U.S.-Mexico border, 1978-1992: low-intensity conflict doctrine comes home. Austin.

DER SPIEGEL (2001). Australien: Jagd auf Boatpeople, in: DER SPIEGEL 38/2001, 175.

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1997). Die Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ im Deutschen Bundestag, Bd. I.

Dietrich, H. (1999). Feindbild „Illegale“. Eine Skizze zu Sozialtechnik und Grenzregime, in: Dominik, K., Jünnemann, M., Motte, J., Reinecke, A. (Hrsg.): Angeworben, eingewandert, abgeschoben. Ein anderer Blick auf die Einwanderungsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland. Münster, Westfälisches Dampfboot, 290-323.

Dietrich, H. (2000). Am Ende der alten Welt. Die Flüchtlings- und Kriminalitätspolitik ist der Schrittmacher für eine neue europäische Raumordnung. Die deutsche Abschottungspraxis dient dabei als Vorbild, www ffm-berlin.de/deutsch/publik/grenzgaenger.htm

dpa (1997). Anti-Folter-Komitee des Europarates kritisiert Umgang mit illegalen Einwanderern, dpa-Meldung vom 2.9.1997.

Easterly, W., Sewadeh, M. (2001). Global Development Network Growth Database, Information last updated: 06/11/01.

Eckert, R., Jungbauer, J., Willems, H. (1996). Zur Feindschaft verdammt? Belastungssituationen der Polizei im Umgang mit ausländischen Tatverdächtigen und ihre Konsequenzen, in: Polizei-Führungsakademie (Hrsg.). Fremdenfeindlichkeit in der Polizei? Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie (Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie, 1996). Lübeck.

Eckert, R., Jungbauer, J., Willems, H. (1998). Polizei und Fremde. Belastungssituationen und die Genese von Feindbildern und Übergriffen, in: Eckert, R. (Hrsg.), Wiederkehr des „Volksgeistes“? Ethnizität, Konflikt und Bewältigung. Opladen.

Eschbach, K., Hagan, J., Rodriguez, N. (2001). Causes and Trends in Migration Deaths along the U.S.-Mexico Border, 1985-1998, University of Houston, Center for Immigration Research. Houston.

Ewald, U. u.a. (1995). Victimization Perception after the Breakdown of State Socialism. First Findings of a Multy-City Pilotstudy 1993. Berlin.

- Ewald, U. (Hrsg.) (1996). Kulturvergleichende Kriminalitätsforschung und sozialer Wandel in Mittel- und Osteuropa, Bonn.
- Ewald, U. (2000). Criminal victimisation and social adaptation in modernity: fear of crime and risk perception in the new Germany, in: Hope, T., Sparks, R. (Eds.). Crime, risks and insecurity. Law and order in everyday life and political discourse, London, New York, 166-199.
- Fattah, E. A. (1991). Understanding Criminal Victimization. An Introduction to Theoretical Victimology. Scarborough, Ontario.
- FAZ (2000). Illegale Einwanderung, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.10.2000.
- Feltes, Th. (1990). Einstellungen von Polizeibeamten zu gesellschafts- und kriminalpolitischen Problemen in Deutschland – Ergebnisse einer Befragung, in: Feltes, Th., Rebscher, E. (Hrsg.). Polizei und Bevölkerung. Beiträge zum Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung und zur gemeinwesenbezogenen Polizeiarbeit („Community Policing“). Holzkirchen, 198-212.
- FFM (1998). Rückgeschoben aus Detuschland, interniert in der Tschechischen Republik, www.ffm-berlin.de/deutsch/publik/cz5_99prot.htm
- FFM (1998). Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) Die Grenze - Flüchtlingsjagd in Schengenland. Themenheft in der Publikationsreihe des Fördervereins des Niedersächsischen Flüchtlingsrates e.V. in Zusammenarbeit mit Pro Asyl Juli 1998.
- Fine, M. (1994). Working the Hyphens. Reinventing Self and Other in Qualitative Research, in: Denzin, N.K., Lincoln, Y.S. (Eds.). Handbook of Qualitative Research. Thousand Oaks, London, New Delhi, 70-82.
- Findlay, M. (1999). The Globalisation of Crime. Cambridge.
- Fontana, A., Frey, J. H. (1994). Interviewing: The Art of Science, in: Denzin, N.K., Lincoln, Y.S. (Eds.). Handbook of Qualitative Research. Thousand Oaks, London, New Delhi, 361-376.
- Freedom (2001). Freedom in the World 2000-2001. World Population and Freedom Rating.
- Freeman, G. P., Jupp, J. (Eds.) (1992). Nations of Immigrants: Australia, the United States, and International Migration. Melbourne.
- Freeman, G. P. (1994). „Can Liberal States Control Unwanted Migration?“ Annals of the American Academy of Political and Social Science 534 (July 1994, 17-30), zitiert bei: Brubaker 1995.
- Giddens, A. (1997). Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt a.M.
- Gössner, R., Neß, O. (1996). Polizei im Zwielficht. Gerät der Apparat außer Kontrolle? Frankfurt, New York.
- Hansen, U. (2001). Vortrag des Präsidenten des Grenzschutzpräsidiums Ost auf der Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung zu „Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden im Zeitalter der Globalisierung am 21. und 22. Mai 2001 (unveröff.).
- Harff, B., Gurr, T.R. (1996). Victims of the State: Genocides, Politicides and Group Repression from 1945 to 1995, in: Friedrichs, D.O. (Ed.), State Crime. Aldershot, Brookfield, Singapore, Sydney, 147-172.
- Hayter, T. (2000). Open Borders. The Case Against Immigration Controls. London.
- Henderson, J.H., Simon, D.R. (1994). Crimes of the Criminal Justice System. Cincinnati.
- Hirsch, J. (2000). Globalisierung oder die Vervielfältigung der Grenzen, in: Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 2000, Sozialer Ausschluss - Begriffe, Praktiken und Gegenwehr. Baden-Baden, 29-35.
- Hobsbawm, E. (1999). Das Gesicht des 21. Jahrhunderts. Ein Gespräch mit Antonio Polito. München, Wien.
- Höfling-Semnar, B. (1995). Flucht und deutsche Asylpolitik. Von der Krise des Asylrechts zur Perfektionierung der Zugangsverhinderung. Münster, Westfälisches Dampfboot.

- Höll, S., Hagelüken, A. (2001). Der Terror und die Folgen: Neue Herausforderungen für Politiker, Soldaten und Sicherheitskräfte. Mehreinnahmen durch Steuererhöhung kommen auch Polizei, Bundesgrenzschutz und Geheimdiensten zugute, in: Süddeutsche Zeitung vom 23.09.2001.
- Holzberger, M. (2001). Grenzenlos. Die Internationalisierung europäischer Polizeieinsätze, in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 69 (2), S. 48-54.
- Huntington, S. P. (1997). The clash of civilizations. Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München.
- Huysse, L. (1995). Justice after Transition: On the Choices Successor Elites Make in Dealing with the Past, Law and Society Inquiry, 20, 51-78, in: Friedrichs, D.O. (Ed.), State Crime, Vol. II, 303-328.
- INSTRAW (1994). The Migration of Women. Methodological Issues in the Measurement and Analysis of Internal and International Migration, United Nations International Research and Training Institute for the Advancement of Women, Santo Domingo.
- Jamssen, H. (1992). Das Opfer aus der Sicht des polizeilichen Alltags – Erste Ergebnisse einer Befragung von PolizeibeamtInnen, in: Ewald, U., Woweries, K. (Hrsg.), Entwicklungsperspektiven von Kriminalität und Strafrecht. Festschrift für John Lekschas. Bonn, 267-285.
- Jannsen, H., Ewald, U. (2000). Opfer und Opferhilfe in der Perspektive des polizeilichen Alltags – Ergebnisse einer Befragung von PolizeibeamtInnen in Erfurt (unveröff.).
- John, D. (2001). Auf der Flucht vor dem Bundesgrenzschutz (BGS) verunglückte am frühen Abend des 18.4. ein junger Vietnameser tödlich an der ostsächsischen Grenze, www.ffm-berlin.de/deutsch/publik/schmoelln.htm
- Jones, A. (Ed.) (2001). Genocide, War Crimes, and the West: The Case for Prosecution,
- Kádár, A. (2001). Police in Transition. Essays on the Police Forces in Transition Countries. Hungarian Helsinki Committee. Budapest.
- Kahn, R.S. (1996). Other People's Blood. U.S. Immigration Prisons in the Reagan Decade, Boulder.
- Karazman-Morawetz, I., Pilgram, A. (1993). Ostgrenzöffnung als Gelegenheit - irreguläres Erwerbshandeln und seine Kontrolle, in: Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 1993, Grenzöffnung, Migration, Kriminalität. Baden-Baden, 147-168.
- Kattau, Th. (1993). Strafverfolgung nach Wegfall der europäischen Grenzkontrollen. Eine Untersuchung der Schengen-Abkommen. Pfaffenweiler 1993.
- Kirkcaldy, B. D. (1993). Job Stress and Satisfaction: International Police Officers. Psychological Reports 72.
- König, H., Kohlstruck, M., Wöll, A. (Hrsg.) (1998). Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. Opladen, Wiesbaden.
- Kritz, N. J. (1995). Transitional Justice. How Emerging Democracies Reckon with Former Regimes. Volume I, General Considerations. Washington.
- Kuckartz, U. (1995). WINMAXprofessionell. Computergestützte Textanalyse. Handbuch zu MAX für WINDOWS professionelle Version 96. Berlin.
- Kury, H. (1992). Opfererfahrungen und Meinungen zur inneren Sicherheit in Deutschland. Wiesbaden.
- Layton-Henry, Z. (1994). Britain: The Would-be Zero-Immigration Country, in: Cornelius, W.A., Martin, Ph.L., Hollifield, J.F. (Eds.) (1994). Controlling Immigration. A Global Perspective. Stanford CA, 273-296.
- Lederer, H.W. (1997). Migration und Integration in Zahlen. Ein Handbuch. Bonn.

- Leuthardt, B. (1997). Europas neuer Pfortner. Litauen im Schatten des deutschen Asylrechts, druckbarer Text aus: www.proasyl.de/lit/litauen/leuthat.htm
- Loescher, G., Monahan, L. (Eds.) (1990). *Refugees and International Relations*. Oxford.
- Martin, Ph. L. (1994). Germany: Reluctant Land of Immigration, in: Cornelius, W.A., Martin, Ph.L., Hollifield, J.F. (Eds.) (1994). *Controlling Immigration. A Global Perspective*. Stanford CA, 189-226.
- Mesko, G. (2001). Police officers and illegal immigrants in the South Eastern part of Slovenia, Vortrag gehalten auf dem ESC-Meeting in Lausanne am 3. September 2001 (unveröff.).
- Mokre, M. (2000). Imaginierte Kulturen – reale Kämpfe. Annotationen zu Huntingtons „Kampf der Kulturen“. Baden-Baden.
- Möllers, M.H.W. (2000). Bundesgrenzschutz, Bundeskriminalamt, Zoll, Küstenwache und die Polizeien der Länder im Verbund Innere Sicherheit. Eine Politikfeldanalyse. Zugleich eine Besprechung zu: Hans-Jürgen Lange: Innere Sicherheit im Politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1999, in: Van Ooyen, R.Ch., Möllers, M.H.W. (Hrsg.), *Öffentliche Sicherheit am Ende des 20. Jahrhunderts*. Lübeck, 55-62.
- MONITOR (2001). Bundesgrenzschutz: Jagdszenen an der deutsch-polnischen Grenze, MONITOR Nr. 471 vom 08.02.2001.
- Morse, J. M. (1994). Designing Funded Qualitative Research, in: Denzin, N.K., Lincoln, Y.S. (Eds.). *Handbook of Qualitative Research*. Thousand Oaks, London, New Delhi, 220-235.
- Müller, H. (1998). *Das Zusammenleben der Kulturen. Ein Gegenentwurf zu Huntington*. Frankfurt a.M.
- Nikolic-Ristanovic, V. (2000). *Women, Violence and War. Wartime Victimization of Refugees in the Balkans*. Budapest.
- Nogala, D. (2001). Policing Across a Dimorphous Border: Challenge and Innovation at the French-German Border, in: *European Journal of Crime, Criminal Law and Criminal Justice*, Vol. 9/2, 130-143.
- Nuscheler, F. (1995). *Internationale Migration. Flucht und Asyl*. Opladen.
- OECD (1999a). *Internationale Migrationstrends: Ständiges Berichterstattungssystem über Wanderungen, 1999 Edition*. OECD Code 811999065P1.
- OECD (1999b). *Globalisation, Migration and Development*. OECD Code 812000021E1.
- OECD (2000). *Trends in International Migration: SOPEMI 2000 Edition*. OECD Code 812001011P1.
- OECD (2001). *International Migration in Asia: Trends and Policies*. OECD Code 812001031P1.
- Ogata, S. (1997). Geleitwort, in: Opitz, J.P. (Hrsg.). *Der globale Marsch. Flucht und Migration als Weltproblem*. München, 7-9.
- Ohlemacher, Th. (1999). *Empirische Polizeiforschung in der Bundesrepublik Deutschland – Versuch einer Bestandsaufnahme – KFN-Forschungsberichte Nr. 75*, Hannover.
- Opitz, J.P. (1997a). Das Flucht- und Migrationsgeschehen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs - Befunde, Bilanzen, Perspektiven, in: Opitz, J.P. (Hrsg.) (1997). *Der globale Marsch. Flucht und Migration als Weltproblem*. München, 15-55.
- Opitz, J.P. (Hrsg.) (1997). *Der globale Marsch. Flucht und Migration als Weltproblem*. München.
- Pfeiffer, Ch., Strobl, R. (1993). *Opfererfahrungen von Ausländern und ethnische Differenzierung moderner Gesellschaften. Antrag auf Sachbeihilfe bei der Volkswagenstiftung im Schwerpunkt „Recht und Verhalten“*. Forschungsberichte des KFN Nr. 19. Hannover.
- Piazolo, M., Grosch, K. (Hrsg.) (1995). *Festung oder offene Grenzen? Entwicklung des Einwanderungs- und Asylrechts in Deutschland und Europa*. München.

- Pilgram, A. (1993). Mobilität, Migration und Kriminalität - gegen die Vordergründigkeit kriminologischer Studien über Ausländer, in: Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 1993, Grenzöffnung, Migration, Kriminalität. Baden-Baden, 17-35.
- Pitsela, A. (1986). Straffälligkeit und Viktimisierung ausländischer Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland – Dargestellt am Beispiel der griechischen Bevölkerungsgruppe. Freiburg.
- PRO ASYL (1998). New report on German border policy, www.proasyl.de/presse98/aug13.htm
- Reiner, R. (1995). The Case for Prosecution. Police suspects and the construction of criminality, in: Noaks, L. et al. (Eds.). *Contemporary issues in criminology*. Cardiff, 231-234.
- Reuband, K.-H. (1999). Von der Kriminalitätshysterie zur Normalität?, in: *Neue Kriminalpolitik*, 4, 16-19.
- Robertson, A.H., Merrills, J.G. (1993). *Human Rights in Europe. A study of the European Convention on Human Rights*, Manchester.
- Robertson, G. (2001). „Nicht einsetzbar“. Nato-Generalsekretär Georg Robertson kritisiert den schlechten Zustand der europäischen Truppen vor der Mission in Mazedonien, in: *Die Woche*, 6. Juli 2001, 10.
- Security Watch (2001). *Illegal immigration worries Hungary*, Security Watch, Ausgabe 10. September 2001, Internetdienst: www.securitywatch.org.
- Senese, J. D. (1997). *Applied Research Methods in Criminal Justice*. Chicago.
- Sessar, K., Holler, M. (Hrsg.) (1997). *Sozialer Umbruch und Kriminalität*. Pfaffenweiler.
- Sheptycki, J.W.E. (1998). Police Cooperation in the English Channel Region 1968-1996, in: *European Journal of Crime, Criminal Law and Criminal Justice*, Vol. 9/2, 216-235.
- Storbeck, J. (2001). Umriss einer neuen Bedrohungslage aus europäischer Sicht. Vortrag auf der Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung zu „Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden im Zeitalter der Globalisierung“ am 21. und 22. Mai 2001 (unveröff.).
- Strobl, R. (1998). Soziale Folgen der Opfererfahrungen ethnischer Minderheiten. Effekte von Interpretationsmustern, Bewertungen, Reaktionsformen und Erfahrungen mit Polizei und Justiz, dargestellt am Beispiel türkischer Männer und Frauen in Deutschland. Baden-Baden.
- Snyder, T. (2000). Conclusion: The Wall around the West, in: Andreas, P., Snyder, T. (Eds.). *The wall around the West: State borders and immigration controls in North America and Europe*. Rowman & Littlefield, 219-228.
- Strauss, A., Corbin, J. (1994). Grounded Theory Methodology: An Overview, in: Denzin, N.K., Lincoln, Y.S. (Eds.). *Handbook of Qualitative Research*. Thousand Oaks, London, New Delhi, 273–285.
- Strauss, A., Corbin, J. (1996). *Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Weinheim.
- Strobl, R. (1998). Soziale Folgen der Opfererfahrungen ethnischer Minderheiten. Effekte von Interpretationsmustern, Bewertungen, Reaktionsformen und Erfahrungen mit Polizei und Justiz, dargestellt am Beispiel türkischer Männer und Frauen in Deutschland. Baden-Baden.
- Thamm, B.G., Freiberg, K. (1998). *Mafia Global. Organisiertes Verbrechen auf dem Sprung in das 21. Jahrhundert*. Hilden.
- Thomä-Venske, H. (2001). Statement in der Reportage Monitor Nr. 471 vom 08.02.2001. Bundesgrenzschutz: Jagdszenen an der deutsch-polnischen Grenze, Bericht: Sascha Adamek.
- Tonry, M. (Ed.) (1997). *Ethnicity, Crime, and Immigration. Comparative and Cross-National Perspective*. Chicago.
- Torpey, J. (2000). States and the Regulation of Migration in the Twentieth-Century North Atlantic World, in: Andreas, P., Snyder, T. (Eds.) *The wall around the West: State borders and immigration controls in North America and Europe*. Rowman & Littlefield, 31-54.

- Trojan, W. (2001). Statement in der Reportage Monitor Nr. 471 vom 08.02.2001. Bundesgrenzschutz: Jagdszenen an der deutsch-polnischen Grenze, Bericht: Sascha Adamek.
- Ulrich, Ch.J. (1995). Alien-Smuggling and Uncontrolled Migration in Northern Europe and the Baltic Region. The European Institute for Crime Prevention and Control, affiliated with the United Nations. Helsinki.
- UNHCR (1994). Die Lage der Flüchtlinge in der Welt, UNHCR-Report 1994. Bonn.
- UNHCR (2000). Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt. 50 Jahre humanitärer Einsatz, UNHCR-Report. Bonn.
- Uhrhau, E. (2001). Nachrichtendienste im Zeitalter der Globalisierung. Vortrag auf der Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung zu „Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden im Zeitalter der Globalisierung“ am 21. und 22. Mai 2001 (unveröff.).
- Untersuchungsausschuss „Hamburger Polizei“ (1996). Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 13.11.1996. Drucksache 15/6200 der Hamburger Bürgerschaft.
- Vachudová, M.A. (2000). Eastern Europe as Gatekeeper: The Immigration and Asylum Politics of an Enlarging European Union, in: Andreas, P., Snyder, T. (Eds.). The wall around the West: State borders and immigration controls in North America and Europe. Rowman & Littlefield, 153-172.
- Van Ooyen, R.Chr., Möllers, M.H.W. (Hrsg.) (2000). Öffentliche Sicherheit am Ende des 20. Jahrhunderts. Arbeiten zu Studium und Praxis im Bundesgrenzschutz. Lübeck.
- Wareham, R. (2000). An Assessment on Violence against Women in Kosovo. UNIFEM. Pristina (unveröff.).
- Wittkämper; G.W., Krevert, P., Kohl, A. (1996). Europa und die innere Sicherheit. Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die Kriminalitätsentwicklung und Schlußfolgerungen für die polizeiliche Kriminalitätsbekämpfung. Wiesbaden.
- Wolter, A. (Hrsg.) (1999). Migration in Europa. Neue Dimensionen, neue Fragen, neue Antworten. Schriftenreihe des EUROPA-Kollegs Hamburg. Baden-Baden.
- Züll, C., Mohler P. Ph. (Hrsg.) (1992). Textanalyse. Anwendungen der computergestützten Inhaltsanalyse. Westdeutscher Verlag, Opladen.